

Positionspapier der Naturfreundejugend Thüringen zum Thema Rechtsextremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit

1. Einführung
2. Bildungsinstitutionen
3. Regierung und Parteien
4. Öffentlichkeit

1. Einführung

Thüringen erlebt 2005 einen massiven Aufmarsch von NPD und freien Kameradschaften. Zwischen dem 16. April und 09. Juli gab es 10 Kundgebungen und Demonstrationen in Erfurt, Gotha, Altenburg, Suhl, Ohrdruf, Jena, Weimar, Sangerhausen und Gera. Zusätzlich nahmen Thüringer Neonazis an den Großdemonstrationen in Leipzig und Berlin teil. Mehrere Konzerte wurden durch die Polizei aufgelöst, dennoch kann man davon ausgehen, dass einige Konzerte in Thüringen stattfanden. Die Schulhofaktion der NPD wurde auch an Thüringer Schulen massiv durchgeführt. Diese Zahlen zeigen deutlich, dass Thüringen in seiner Gesamtheit als Aufmarsch- und Kampfgebiet ausgerufen wurde. In Thüringen existiert ein funktionierendes Netzwerk von rechtsextremen Parteien und Strukturen.

Durch lokale und überregionale Bündnisse konnten demokratische Erfolge gegen die Naziaufmärsche in Weimar, Jena und Erfurt erzielt werden. Es darf aber nicht dazu führen, dass es sich die Zivilgesellschaft wieder in ihren Lehnstuhl gemütlich macht. Umfragen und Studien zeigen, dass das Potential an rassistischen und fremdenfeindlichen Einstellungen konstant hoch liegt. Dies wird durch den Thüringen Monitor 2005 mit erschreckenden Zahlen bewiesen. Ursachen sind nicht nur in mangelnder Arbeit demokratischer Parteien zu suchen, sondern auch in der alltäglichen Verharmlosung rechtsextremistischer Gedankengutes.

Die Naturfreundejugend in Thüringen setzt sich für die Grundsätze der Demokratie, Völkerverständigung und Toleranz ein. Einem weiteren Ausbau rechtsextremer Strukturen muss entgegen gewirkt werden. Dies soll aber nicht durch Verbote geschehen, sondern durch klare, verständliche Aufklärungsarbeit in der Öffentlichkeit und allen Bildungsinstitutionen. Außerdem ist eine aktive Auseinandersetzung von und zwischen demokratischen Parteien, Verwaltung, Sicherheitsorganen, Vereinen und Verbänden mit dem Thema notwendig.

Der Versuch der Politik, das Problem mit Ignoranz zu bewältigen ist fehlgeschlagen. Die demokratischen Institutionen dieser Gesellschaft müssen aktiv die argumentative Auseinandersetzung suchen. Dabei ist ein notwendiger Weg, für zivilgesellschaftliche Projekte, kommunale Aufklärungsarbeit und alternative Freizeitangebote mehr finanzielle Unterstützungen zur Verfügung zu stellen. Bei der Finanzierung von Projekten und Aktivitäten durch Bund, Land und Kommunen muss darauf geachtet werden, dass zum Beispiel öffentlich geförderte Einrichtungen nicht von rechtsextrem Gesinnten unterwandert und zu deren Nutzen instrumentalisiert werden.

2. Schule und Bildungsinstitutionen

Die Analyse der letzten Landtagswahlen hat gezeigt, dass gerade junge Menschen Parteien wie NPD, DVU, und REPUBLIKANER wählen. Neben der allgemeinen weit

verbreiteten Orientierungs- und Perspektivlosigkeit junger Menschen in unserer Gesellschaft, als ein wichtiger Grund für die Anfälligkeit bezüglich rechter Propaganda, liegt ein weiterer Grund in der Bildungssituation.

An Schulen gruppieren sich immer mehr rechtsextrem gesinnte Jugendliche und sind sogar Teil rechtsradikaler Organisationen. Über diese Multiplikatoren organisieren NPD und freie Kameradschaften ihre Schulhofaktionen und verteilen dabei ihre Propaganda. Die Verantwortlichen in den Schulen schauen oft darüber hinweg, wollen keine Schwierigkeiten und haben nicht selten selbst Angst vor den Rechtsextremen. Dazu passt, dass es nur an vereinzelten Schulen Projekte gegen Rassismus und Gewalt und Projekte für Toleranz und Courage gibt. Hierbei ist aktive Aufforderung und Gegenargumentierung der Mitschüler und vor allem der Lehrer gefragt. Dass die Schule auch eine klare Erziehungsaufgabe hat, darf man nicht vergessen. Verpflichtende Weiterbildungsangebote für Lehrer sind daher notwendig, damit aktiv auf Symbole, Musik und Kleidung reagiert werden kann.

Zu bemängeln ist außerdem, dass in Schulen im Lehrplan, viel zu wenig auf das Problem Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt eingegangen wird. Die Aufgabe politische Bildungsarbeit zu leisten, darf hier nicht vernachlässigt werden. Es muss eine bessere Aufklärungsarbeit in den Schulen und Bildungsinstitutionen erfolgen. Im Geschichtsunterricht muss auf die Ideologie eingegangen werden, die hinter dem Krieg stand und den Nationalsozialismus ausmachte. Dieser besteht bisher meist nur aus der Vermittlung von historischen Daten und Fakten. Das führt heute auch dazu, dass die jungen Menschen die platten rechtsextremen Parolen nicht hinterfragen. In Fächern wie Sozialkunde muss der Lehrplan außerdem auch die Behandlung aktuellen Rechtsextremistischer Strukturen und Aktivitäten vorsehen. Dabei ist fächerübergreifendes Verknüpfen der Unterrichtsthematik notwendig. Weiterhin bedarf es, gerade für zukünftige Erstwähler, starke unabhängige Aufklärung der Lehrer, was Parteiprogramme und die Politik aller Parteien angeht. Um Vorurteile gegen ausländische Mitbürger aktiv auch in der Praxis entgegenzuwirken, sind der Ausbau und die Intensivierung von Schulpartnerschaften und Austauschprogrammen auch mit dem osteuropäischen Ausland sinnvoll.

Jugendverbände sind wichtige außerschulische Sozialisations- und Bildungsinstitutionen. Hier erhalten Jugendliche eigene Gestaltungsräume, lernen Verantwortung zu übernehmen und können demokratische Entscheidungswege erfahren und mitgestalten. Jugendverbände haben ein breites und vielfältiges Angebot an außerschulischer Bildung, genauso wie an internationalen Jugendbegegnungen und interkultureller Pädagogik. Um diese Arbeit fortsetzen zu können brauchen Jugendverbände aber mehr Unterstützung.

Wir fordern daher:

- 1. Verpflichtende Weiterbildungen der Lehrer im Umgang mit Rechtsextremismus, Rassismus und rechtsextremer Symbolik**
- 2. Verpflichtender Geschichts- und Sozialkundeunterricht bis zum Schulabschluss , indem eine intensive kritische Auseinandersetzung mit dem Thema Nationalsozialismus und seiner Ideologie stattfindet.**
- 3. verstärkt Finanzielle Förderung von Projekten gegen Rechtsextremismus und für Toleranz an Schulen**

- 4. Finanzielle Förderung von Schulpartnerschaften verstärkt mit dem osteuropäischen Ausland**
- 5. Verstärkte Förderung der Jugendverbandsarbeit und eine deutliche Aufstockung der finanziellen Mittel für die außerschulische Jugendbildung**
- 6. das sich alle Jugendverbände inner- und außerverbandlich mit dem Thema Rechtsextremismus auseinandersetzen und sich dazu klar positionieren**

3. Regierung und Parteien

Das rechtsextremistische Parteien bei Wahlen regelmäßig antreten und auch einen sehr breiten Wahlkampf machen ist allseits bekannt. NPD, DVU und REPUBLIKANER sind auch keine harmlosen Volksparteien, vielmehr verstecken sich hinter ihren Parteiprogrammen meist Funktionäre von extremistischen Hintergrundorganisationen, die ihre populistischen Ziele mit Hilfe der Partei umsetzen wollen. Zwar berufen sich NPD, DVU und REPUBLIKANER formal auf das Grundgesetz der BRD, doch fordern sie ein eingeschränktes Asylrecht für politisch Verfolgte und Bevorzugung von Bürgern deutscher Herkunft bei der Arbeitsplatzvergabe. Diese eingeschränkten Sichtweisen sind nicht mit einer ganzheitlichen europäischen Sozial-, Wirtschafts- und Friedenspolitik vereinbar.

Angesichts solcher Forderungen ist eine öffentlichkeitswirksame Auseinandersetzung mit diesen Parteien notwendig. Politiker und andere Parteien dürfen vor dieser Rechtsextrempropagierenden Wirklichkeit nicht die Augen verschließen, sondern müssen klar Stellung dazu beziehen.

Sollte der Fall eintreten, dass rechtsextreme Parteien bei Wahlen in Gremien der Kommunal-, Landes- und Bundesregierung einziehen können, dürfen diese nicht ignoriert werden. Um demokratische Gedanken und Ideen in den Gremien umzusetzen, bedarf es einem gemeinsamen Auftreten demokratischer Parteien und nicht ein oppositionelles Ausspielen. Klare Argumente und Konfrontation mit der Vergangenheit von Deutschland überzeugen den Bürger mehr als, den Saal zu verlassen. Grundlage hierfür müssen auch positionelle Verankerungen gegen Rechtsextremismus in den Parteiprogrammen demokratischer Parteien sein.

Wir fordern daher:

- 1. eine tiefgehende Überprüfung rechter Parteifunktionäre auf extremistische Hintergründe**
- 2. alle demokratischen Parteien auf, sich in ihren Parteiprogrammen mit dem Thema Rechtsextremismus auseinanderzusetzen und Stellung zu beziehen**
- 3. alle demokratischen Parteien auf, sich aktiv an Aktionen gegen Rechtsextremismus zu beteiligen**
- 4. Eine Auseinandersetzung mit den in allen Ebenen vertretenen rechtsextremen Parteien, das heißt argumentieren, statt ignorieren. Aber auch eine klare Abgrenzung von den Vertretern der rechtsextremen Fraktionen.**

- 5. Rassistische, antisemitische oder fremdenfeindliche „Ausrutscher“ von Vertretern demokratischer Parteien müssen auch zu klaren Konsequenzen führen.**
- 6. Aufklärungsarbeit gegenüber dem Wähler, was für eine Ideologie hinter den platte Parolen von NPD, DVU und Republikanern steht**

4. Öffentlichkeit

Bei zahlreichen Demonstrationen in Land Thüringen ist leider eindeutig geworden, dass Rechtsextreme Organisationen und Parteien durchaus in der Lage sind, ihre Mitglieder zu organisieren, und in der Öffentlichkeit Präsenz zu zeigen. Bei Demonstrationen und so genannten Schützenfesten wird rechtsextremes Propagandamaterial verbreitet, rechtsextremistische Musik gemacht und mit standlosen Transparenten und plumpen Parolen der Nationalsozialismus verherrlicht. Das Medienwirksame Auftreten der Braunen lässt Städte und meist sowieso schon strukturschwache Gebiete in einem schlechten Licht erscheinen. Wirtschaftliches Interesse von Subventionsbereiten Firmen aus dem Ausland und der Aufbau touristischer Infrastrukturen wird sich kaum noch realisieren lassen.

Viele Verbände und Organisationen, die sich gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und Gewalt engagieren, sind stets bemüht, sich aktiv in der Öffentlichkeit zu engagieren, doch wird die derzeitige finanzielle Lage, aufgrund vieler Kürzungen vom Bund und Land, immer schwieriger. Um eine wirkungsvolle Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit zu leisten, bedarf es nicht nur eine finanzielle Unterstützung, sondern auch die Bereitschaft, von Politikern und Bürgern, sich aktiv an Aktionen und Demonstrationen zu beteiligen und in der Öffentlichkeit Gesicht zu zeigen.

In fast jeder alltäglichen Situation trifft man auf Alltagsrassismus. In der Straßenbahn, in Kneipen und sogar in Schulen wird unbewusst Rassismus und Rechtsextremismus verharmlost. Um „Stammtischparolen“ vorzubeugen ist Wegschauen, und Ignoranz unverantwortlich. Aktives Handeln gegen den alltäglichen Rassismus lässt sich mit dem Auffordern zur Diskussion und mit der Auseinandersetzung der Thematik am besten bewältigen.

Jeder ist aufgefordert:

- 1. sich ein allgemein gesellschaftspolitisches Verständnis über die Gefahr des Rechtsextremismus zu schaffen**
- 2. Alltagsrassismus mit Gegenargumentation und Aufklärung abzuwehren**
- 3. sich an Demonstrationen und Aktionen gegen Rechts und für Courage zu beteiligen**

In der deutschen Gesellschaft und ihren Parlamenten darf es keinen Platz für Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit geben.